

	Börsen-Zeitung - de		Print
	Medientyp:	Tageszeitung	Gedruckte Auflage:
	Veröffentlichungsdatum:	25.10.2012	Verkaufte Auflage:
	Seite:	6	Verbreitete Auflage:
			Reichweite:

Stark warnt vor mittelfristig galoppierender Inflation

EZB droht „Gefangene ihrer Strategie“ zu werden

Börsen-Zeitung, 25.10.2012
 fed Brüssel – Der ehemalige Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), Jürgen Stark, warnt auf mittlere Sicht vor einer galoppierenden Inflation. Die Verbraucherpreise werden nach seiner Einschätzung zwar „nicht heute und nicht morgen“ in die Höhe schießen. „Es wird aber ein Riesenproblem werden, wenn sich das Wachstum verstärkt.“ Denn es sollte zwar technisch möglich sein – „da bin ich ganz bei Hayek“ –, die zuletzt erheblich ausgeweitete EZB-Bilanz wieder zu verkürzen, nicht aber politisch. Die Zentralbank werde kaum in der Lage sein, einem der Länder, die sie in Zukunft einmal am Anleihe-Sekundärmarkt unterstützt, diese Hilfe zu entziehen, falls der Staat bei seinem Anpassungsprogramm aus dem Plan laufe. Die „EZB ist Gefangener ihrer eigenen Strategie“, beklagte Stark bei einer Veranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel.

Stark beäugt mit kritischem Blick die Entwicklung einiger regionaler Immobilienmärkte und der Aktien-

kurse seit den Ankündigungen von EZB-Chef Mario Draghi und von US-Notenbankchef Ben Bernanke. Der Anstieg der Notierungen sei nicht von Fundamentaldaten getrieben, sondern Auswirkung der angekündigten Bereitschaft der Notenbanken, sich noch offensiver zu engagieren. „Die Liquidität findet ihren Weg über die Vermögenspreise später auch hin zu den Verbraucherpreisen“, ist Stark überzeugt, der bekanntlich das Anleihekaufprogramm der EZB ablehnt. „Das ist Fiskalpolitik, nicht mehr Geldpolitik – denn wenn es Geldpolitik wäre, dann dürfte es keine Bedingungen geben“, folgert das frühere EZB-Direktoriumsmitglied.

Stark stellt nicht in Abrede, dass „Irland, Spanien, Italien und sogar Portugal auf einem guten Weg sind“. Ihr Reformwille dürfe aber nicht abbrechen, bevor eine kritische Masse an Veränderungen erreicht sei. Für die EU fordert er eine „Richtungsentscheidung“, die demokratisch legitimiert werden müsse. Vorstellbar sei dabei durchaus weit mehr als eine bloß intensivierte Wirtschaftsunion.